

Zeitschrift: Zeitlupe : für Menschen mit Lebenserfahrung
Herausgeber: Pro Senectute Schweiz
Band: 83 (2005)
Heft: 10

Artikel: Dafür und dagegen : soll das Beschwerderecht der Verbände künftig eingeschränkt werden?
Autor: Kleiner-Schläpfer, Marianne / Teuscher, Franziska
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-725824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Stadion subito! dbh

BILDER: KEYSTONE, ZVG

Soll das Beschwerderecht der Verbände künftig eingeschränkt werden?

Das Verbandsbeschwerderecht macht Schlagzeilen. Umweltverbände nutzen das Instrument intensiv im Interesse von Natur und Nachhaltigkeit. Zu intensiv, sagen Kritiker. Die bürgerlichen Gegner sehen dadurch Wachstum und Wirtschaft gefährdet.

Die Schweiz leidet seit zehn Jahren unter Nullwachstum. Wir brauchen aber Wachstum, wollen wir Arbeitsplätze, Lehrstellen und Wohlstand schaffen sowie die Sozialwerke sichern. Die Umwelt ist allen lieb; auch die FDP setzt sich ein für eine lebens- und liebenswerte Schweiz! Mit der Volksinitiative «Verbandsbeschwerderecht: Schluss mit der Verhinderungspolitik – Mehr Wachstum für die Schweiz!» fordern wir aber eine Gesamtsicht mit Interessenausgleich zwischen Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Verbandsbeschwerderecht hat sich pervertiert. Der VCS ist zur parastaatlichen Organisation geworden, die sich um Volksentscheide foutiert und auf rechtsstaatlich bedenkliche Weise Investitionen in Milliardenhöhe blockiert. Wir Freisinnigen wollen, dass die Verbandsbeschwerde nach Volksentscheiden und nach Beschlüssen der Parlamente auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene ausgeschlossen wird.

Gültig bleibt hingegen materielles Recht wie Planungs- und Baubewilligungsverfahren, öffentliche Planaufgabe, Um-

Der Nahrungsmittelsektor erlebt einen erbitterten Verdrängungskampf. Migros und Coop expandieren auf die grüne Wiese. Die deutschen Billiganbieter Lidl und Aldi überrollen mit neuen Läden die Schweiz. Wenn der Quartier- oder Dorfladen schliesst, ist dies gerade für ältere Menschen, Berufstätige und Leute ohne Auto ein Problem. Neue Discounter am Stadtrand bringen mehr Verkehr, mehr Lärm und mehr Gestank. Schon heute verbauen wir jede Sekunde einen Quadratmeter Landschaft. Pro Jahr sterben mehr Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung als im Strassenverkehr.

Das Verbandsbeschwerderecht ist ein äusserst wichtiges und wirksames Instrument zum Schutz von Mensch und Umwelt. Es hat sich bewährt und wird von den Umweltverbänden überlegt und mit Erfolg eingesetzt. Ohne Verbandsbeschwerde gäbe es viele wunderschöne Naturlandschaften wie den Aletschwald oder die Greina-Ebene heute nicht mehr. Aber viele Bürgerliche wollen Wachstum um



DAFÜR: Marianne Kleiner-Schläpfer, Nationalrätin FDP AR, Vizepräsidentin FDP Schweiz



DAGEGEN: Franziska Teuscher, Nationalrätin Grüne BE, Präsidentin Verkehrsclub der Schweiz (VCS)

weltverträglichkeitsprüfung, Genehmigungsverfahren für Raumpläne, Behördenbeschwerde, Rekursrecht der Betroffenen und aufsichtsrechtliche Mittel.

Es ist nicht am VCS zu bestimmen, wo ein Laden entsteht, wie gross er sein darf, wie viele Kunden, wie viele Fahrten bei welchen Parkplatzgebühren zulässig sind, welcher Gebührenanteil an Gemeinde und öffentlichen Verkehr abzuliefern ist und dass ein kostenloser (!) Heimlieferdienst geschaffen werden muss. Diese Entscheidungen fallen bei einem Ja zu unserer Initiative wieder in die Zuständigkeit des Souveräns und der demokratisch gewählten Behörden, wo sie auch hingehören!

jeden Preis. Sie richten für kurzfristige Profite langfristigen Schaden an. Darum arbeiten SVP und FDP an einer Auslöschung der Verbandsbeschwerde.

Doch gerade der Marktauftritt von Aldi und Lidl in der Schweiz zeigt: Das Verbandsbeschwerderecht muss verstärkt und nicht geschwächt werden. Denn die deutschen Preisbrecher halten ihre Ladenflächen genau unter jener Limite, ab der das Gesetz eine Umweltverträglichkeitsprüfung vorschreibt. So schlüpfen sie durch die Maschen der Umweltschutzgesetzgebung, obwohl sie fast ausschliesslich auf eine automobile Kundschaft setzen und erheblichen Mehrverkehr generieren. Diese Gesetzeslücke müssen wir stopfen.